



Messstation in Leipzig

Luftverschmutzung Dobrindt für Diesel-Fahrverbote

Bei hohen Stickoxid-Konzentrationen in der Atemluft sollen Kommunen ein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge verhängen. Das legt Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) den betroffenen Städten in einer Antwort auf eine Schriftliche Frage des Grünen-Bundestagsabgeordneten Matthias Gastel nahe. Schon heute lasse das

Bundesimmissionsschutzgesetz in solchen Situationen ein generelles Fahrverbot zu. Von dem Verbot ausnehmen könne man „Fahrzeuge mit Fremdzündungsmotor“, also Benzinmotor, was einem Diesel-Fahrverbot gleichkäme. Die Ausnahme, so Dobrindts Beamte, stehe nicht explizit im Gesetz, sollte aber „möglich sein“. Die Bundesländer

hätten von Dobrindt lieber eine Blaue Plakette, mit der stinkende Dieselfahrzeuge aus den städtischen Umweltzonen verbannt würden. Der CSU-Minister hingegen schlägt nun den juristischen Trick vor. „Dobrindt stiehlt sich mit diesem Vorstoß aus der eigenen Verantwortung für die Gesundheit der Menschen“, sagt Gastel. gt

Armenien-Resolution „Respektlosigkeit“

Die Vizepräsidentin des Bundestags Claudia Roth kritisiert den Umgang der Bundesregierung mit der Armenien-Resolution des Parlaments. „Das war eine erhebliche Respektlosigkeit“, sagt die Grünen-Politikerin. Regierungssprecher Steffen

Seibert hatte auf Bitten der türkischen Regierung öffentlich klargestellt, dass die Bundesregierung den Beschluss zum Völkermord an den Armeniern als rechtlich nicht bindend betrachte. „Das Parlament ist nicht ein Verfassungsorgan, sondern *das* Verfassungsorgan des Souveräns“, sagt Roth. „Beschlüsse des Bundestages sind natür-

lich bindend, politisch wie moralisch.“ Um den Flüchtlingsdeal mit der Türkei zu retten, habe die Kanzlerin der Türkei „auf dem Silbertablett eine diplomatische Distanzierung geliefert“. Was die Menschenrechte und die Demokratie in der Türkei betrifft, habe die Bundesregierung „den Kompass verloren“, kritisiert Roth. akm, csc

Abschiebungen Abkommen mit Afghanistan

Das Bundesinnenministerium steht kurz vor dem Abschluss eines Abkommens mit Afghanistan über die Abschiebung von Flüchtlingen. In Berlin wurden letzte Details eines „Memorandums of Understanding“ mit dem afghanischen Vizeaußenminister vereinbart. Afghanistan will demnach sowohl freiwillige Rückkehrer als auch Staatsbürger, die wegen eines abgelehnten Asylantrags abgeschoben werden, deutlich unkomplizierter aufnehmen.

Die afghanische Delegation stimmte auch Flügen mit Chartermaschinen zu, in denen bis zu 50 Afghanen gleichzeitig in ihre Heimat

zurückgebracht werden sollen. Berlin versichert in dem Papier, mögliche Gefahren für Rückkehrer, besonders für Frauen und Minderjähri-



Flüchtlinge in Berlin-Schönefeld

Grüne Urwahl? Ohne mich

Simone Peter will nicht Spitzenkandidatin der Grünen für die Bundestagswahl 2017 werden. „Ich habe beschlossen, mich bei der Urwahl nicht zur Wahl zu stellen“, sagt Peter. Dies habe sie nach reiflicher Überlegung und nach Gesprächen mit ihrer Familie und Freunden entschieden. Sie wolle sich „2017 ganz auf die Aufgabe der Parteichefin konzentrieren und im Team mit unseren Spitzenkandidaten die Weichen für einen politischen Wechsel bei der Bundestagswahl stellen“. Damit ist Katrin Göring-Eckardt, Kovorsitzende der Bundestagsfraktion, die einzige Kandidatin für 2017 (siehe Interview auf Seite 33). Peter kann sich laut einem Schreiben, das sie an die Partei schicken will, eine Kandidatur in fernerer Zukunft allerdings durchaus vorstellen. Die Grünen suchen ein Spitzenduo, eine Frau und einen Mann. Peter, die dem linken Flügel zugerechnet wird, wirbt indirekt für Anton Hofreiter, der als einziger Bewerber dieses Flügels in die Urwahl zieht: Sie wolle ein starkes Spitzenduo, „das unsere bunte Partei in ihrer Breite und Vielfalt ausgewogen repräsentiert“. akm, bs